

Kommunen sind systemrelevant! Stärkung kommunaler Einnahmen jetzt!

**Stellungnahme der DGB-Region Köln-Bonn
zum Entwurf des Haushaltes 2010 der Stadt
Leverkusen**



Inhalt

1. Vorwort	5
2. Haushalt Leverkusen	6
Haushaltskrise 2010 in Leverkusen	
Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die Haushaltskrise	
Gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeiten	
3. Neugestaltung der Kommunalfinanzen	8
4. Kernfelder definieren	9
Bildungspolitik	
Wirtschafts- und Strukturpolitik	
Arbeits- und Ausbildungsmarkt	
Kommunale Sozialpolitik/ Integration	
5. Fazit	13

Verantwortlich: Andreas Kossiski, DGB-Regionsvorsitzender,
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

1. Vorwort



Die Krise der kommunalen Finanzen beschäftigt seit Jahren die öffentliche Diskussion. Die angespannte Haushaltslage der Kommunen wird durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft. Fehlentscheidungen in der Kommunalpolitik und Gesetze aus Bund und Land haben die Finanzkraft der Kommunen geschwächt.

Die Entschuldung finanzschwacher Kommunen und der Abbau struktureller Defizite müssen oberste politische Priorität haben! Die Einkommenssituation muss durch eine Vielzahl von Maßnahmen verbessert werden.

Die Landesregierung muss einen Entschuldungsfonds für die Kommunen auflegen, um einen kommunalen Kollaps zu verhindern. Die Kommunen sind systemrelevant, indem sie unverzichtbare ökonomische und soziale Leistungen erbringen. Wenn unsere Städte und Gemeinden pleite sind, hat dies verheerende Folgen für die Wirtschaft und Gesellschaft.

Wirtschaftliches Wachstum, sozialer Zusammenhalt und Lebensqualität hängen entscheidend von Kommunen ab. Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen sie als erstes – zumindest für eine befristete Zeit – von den drückenden Schulden und daraus resultierenden Zinslasten befreit werden.

Bei der schwierigen Ausgangssituation 2010 ist es aus Sicht des DGB Köln-Bonn entscheidend, politische Kernfelder zu definieren, die für die Systemrelevanz der Kommunen unerlässlich sind.

Andreas Kossiski
DGB-Regionsvorsitzender
Köln-Bonn

2. Haushalt Leverkusen

Haushaltskrise 2010 in Leverkusen

Die Stadt Leverkusen befindet sich in einer gefährlichen Haushaltskrise. Der städtische Haushalt ist hochdefizitär. Über 80 Mio. Euro werden in 2010 als Defizit erwartet und zwingen die Stadt zu einem harten Sparkurs. Schon seit Jahren muss das „städtische Tafelsilber“ verkauft werden. Doch es steht zu befürchten, dass das städtische Eigenkapital bis 2015 komplett aufgebraucht ist, ohne dass das Haushaltsdefizit beseitigt wird.

Der DGB begrüßt das Engagement von Oberbürgermeister Buchhorn für eine Gemeindefinanzreform und zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Es ist richtig, dass Bund und Land den Kommunen nicht einseitig Lasten aufbürden dürfen, wie beispielsweise beim Kinderbildungsgesetz geschehen, ohne für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Daseinsfürsorge sind unter den herrschenden Rahmenbedingungen nicht möglich.

Andererseits darf dieser Konflikt zwischen Bund, Land und Gemeinden nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen werden. Dies gilt beispielsweise für die in Leverkusen diskutierte „Streckung“ beim Ausbau der U3-Betreuungsplätze.

Die kommunale Haushaltskrise darf auch nicht dazu führen, dass kommunale Eigenbetriebe - wie beispielsweise die Wohnungsbaugesellschaft Leverkusen - an private Investoren verkauft werden. Gerade in Zeiten der Krise ist es mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt der Stadt wichtig, dass kommunale Angebote der Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Gewachsene und für den sozialen Zusammenhalt der Stadt wichtige Strukturen dürfen gerade in schwierigen Zeiten nicht zerschlagen werden.

Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt die Haushaltskrise in Leverkusen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat unterschiedliche Ursachen. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahre hat dem Staat und der Kommunalpolitik Schaden zugefügt. Die angeblich selbst regulierenden Kräfte des Marktes haben versagt. Der Abbau der Staatsquote, „schlanker Staat“, „Privat vor Staat“ haben sich als untauglich erwiesen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat wieder einmal gezeigt, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Das Ausmaß sprengt alle bisherigen Erfahrungen in der Geschichte der

Bundesrepublik Deutschland. Es zeigt, dass Regulierung und klare staatliche Rahmenbedingungen zwingend notwendig sind – auch um den sozialen Frieden in diesem Land zu bewahren. Hier ist die Bundesregierung gefordert, endlich die notwendigen Schritte einzuleiten.

Steuermindereinnahmen und gestiegene Sozialausgaben – als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise – verstärken derzeit die kommunale Haushaltskrise in Leverkusen. Die Last tragen die Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund ist auch eine Neugestaltung der Kommunalfinanzen dringend notwendig.

Gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeiten

In der Krise sehen wir aber auch eine Chance, notwendige Strukturen und Kernfelder städtischen Engagements neu zu definieren. Angesichts leerer Kassen warnen wir ausdrücklich vor einem von Einzelinteressen geleiteten Verteilungskampf. In der aktuellen schwierigen Situation rufen wir zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussionsplattform auf, damit die unterschiedlichen Akteure in der Stadt gemeinsam tragfähige Lösungen erarbeiten.

Daneben halten wir das Prinzip des „Bürgerhaushalts“ für ein geeignetes Instrument, kommunale Haushalte im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger, für die im Prinzip der Haushalt aufgestellt wird, zu entwickeln.

3. Neugestaltung der Kommunalfinanzen

Die Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss grundsätzlich auf eine neue Basis gestellt werden. Zudem muss die Einnahmesituation auf allen Ebenen verbessert werden. Die Kommunen brauchen Finanzkraft für die Zukunft. Die Entschuldung finanzschwacher Kommunen und der Abbau struktureller Defizite müssen oberste politische Priorität haben! Die Städte und Gemeinden in der DGB-Region Köln-Bonn werden die sich weiter öffnende Schere zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben keinesfalls aus eigener Kraft schließen können.

Forderungen des DGB sind:

- Die Befreiung von Zins- und Tilgungsraten der Kreditschulden ist geboten.
- Die Gewerbesteuer muss in einem höheren Maß den Kommunen zu Gute kommen, um die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern.
- Der Bund muss sich mehr an den Unterkunftskosten und der Grundsicherung älterer Menschen beteiligen.
- Verschuldete Kommunen müssen von den Beitragszahlungen für den Solidarpakt Ost befreit werden.
- Mehr Betriebsprüfungen müssen durchgeführt werden.

Angesichts ohnehin krisenbedingt steigender öffentlicher Schulden ist es ökonomisch völlig falsch, wenn durch die Steuerpläne der Bundesregierung die Städte und Gemeinden in eine finanziell katastrophale Lage getrieben und sie ihre wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können.

- Der DGB begrüßt den Vorstoß der Kölner SPD zur Einführung einer Kulturabgabe. Politik und Verwaltung in Leverkusen sollten prüfen, ob sie eine entsprechende Initiative für die Stadt Leverkusen starten.
- Schätze in den Kellern müssen gehoben werden: In der Regel haben die Kommunen eine Vielzahl von titulierten Forderungen (z.B. Elternteile, die sich Unterhaltszahlungen entziehen), die nicht weiter verfolgt und irgendwann abgeschrieben werden. Dies ist beispielsweise in Rheinland-Pfalz anders. Dort werden die Forderungen von den Kommunen regelmäßig eingefordert.
- Fördertöpfe aus EU, Bund und Land müssen abgeschöpft werden.
- Wir brauchen keine Diskussion über Gewerbesteuersenkung, da dieses Geld direkt den Kommunen zufließt.

4. Kernfelder definieren

Vor dem Hintergrund der Sanierung kommunaler Haushalte muss Politik im Sinne einer Gesamtsicht Kernfelder definieren, die für die Entwicklung der Region bzw. Kommunen entscheidend sind. In diesen Kernfeldern darf nicht gespart werden. Für den DGB sind die Kernfelder:

- | | |
|---|--|
| Bildung | > Modernisierung des Schul- und Bildungssystems, Investitionen in die Zukunft, um mögliche Folgekosten zu reduzieren |
| Wirtschafts- und Strukturpolitik | > Ziel wirtschaftliche Belebung, Ausbau und Sicherung des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Leverkusen |
| Arbeitsmarktpolitik | > Sicherung von guten, sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen |
| Kommunale Sozialpolitik/
Integration | > Stopp der sozialen Spaltung, Zukunftsaufgabe aufgrund des demografischen Wandels |

Kernfeld Bildungspolitik

Bildung muss Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge allen Menschen zugänglich sein. Aus Sicht des DGB Köln-Bonn ist eine kompensatorische Bildungspolitik notwendig. Die Kommunen sind zwar nicht für innere Schulangelegenheiten verantwortlich, sie können aber über die Rahmenbedingungen (Raumausstattung, Schulsozialarbeit, Kooperation Schule + Jugendhilfe, Ausbau offener Ganztage in Kooperation mit Trägern) und über Serviceleistungen (Beratung und Vernetzung von Schulen/ Schulformen/ Sozialraum) erheblichen Einfluss nehmen.

Kompensatorische Bildungspolitik ist möglich,

- indem die Kommunen die Wandlung von bestehenden Schulen in Gesamtschulen bei der Bezirksregierung beantragen und gegebenenfalls auch gerichtlich einklagen,
- durch Beantragung des Ausbaus des Ganztags in allen Schulformen bei der Bezirksregierung,
- durch die Ausweitung von bilingualen Kindertagesstätten und Schulen,

- in vorschulischen Betreuungseinrichtungen, in denen nicht nur verlässliche Betreuung, sondern auch altersgerechte frühkindliche Bildung stattfindet sowie die Qualifizierung der Fachkräfte,
- durch die kommunale Selbstverpflichtung „Recht auf U3-Betreuungsplatz“,
- durch die Einführung der kommunalen Selbstverpflichtung „Recht auf Ganztagsbetreuung“,
- durch die Abschaffung von Bildungsgebühren.

Kernfeld Wirtschafts- und Strukturpolitik

Leverkusen ist als Industriestandort weltweit bekannt. Es genügt aber nicht, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Die Sicherung des Industriestandortes ist eine andauernde Aufgabe. Hierzu zählen:

- Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der bestehenden Industrieunternehmen und –branchen,
- regional abgestimmte Wirtschaftsförderung und gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Cluster und Branchen durch Unterstützung von Ansiedlungen komplementärer Produktionen und industrieller Dienstleistungsunternehmen,
- regional abgestimmte Planung von Gewerbe- und Industrieflächen,
- gezielte Anwerbung von Unternehmen, die in den Zukunftsbereichen der Chemischen Produktion, Entwicklung der Motortechnologie und der Energietechnik tätig sind,
- Entwicklung eines Modells von Ausgleichszahlungen zwischen den Kommunen.

Denken darf nicht an den kommunalen Grenzen aufhören!

- Der Verein Köln-Bonn sieht sich als Metropolregion. Dies ist aber in den politischen Entscheidungen bisher kaum zu erkennen,
- gemeinsame, stärker abgestimmte Gewerbepolitik in der Region zur Ansiedlung neuer Unternehmen und zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen,
- gemeinsame Planung bei Infrastruktur, Kultur usw., damit sich die Kommunen in der Region Köln-Bonn nicht gegenseitig Konkurrenz machen und um Ressourcen zu sparen.

Kernfeld Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Der DGB Köln-Bonn hat die Sorge, dass sich der Arbeitsmarkt nicht entspannt und sich weitere Verschlechterungen nach Auslaufen der Kurzarbeit einstellen. Allein auf die Erholung der Konjunktur zu vertrauen, wird nicht reichen. Der Arbeitsmarkt braucht effiziente Maßnahmen, mit denen ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden kann.

Bisher haben das Instrument der Kurzarbeit und deren ausgiebige Nutzung die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise abgefedert. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, wie stark der Arbeitsmarkt negativ betroffen sein wird. Mittelfristig werden auf Grund des „schnellen Durchreichens zu Hartz IV“ auch die Kommunen vor weitere finanzielle und gesellschaftspolitische Herausforderungen gestellt. Dies hat mittelfristig Auswirkungen auf Hartz-IV-Leistungen und die von der Stadt zu tragenden Kosten der Unterkunft.

Kommunale Arbeitsförderungs politik muss sich nunmehr beweisen und den Menschen, die sich derzeit im Hilfebezug befinden, echte Perspektiven aufzeigen. Aktive Beschäftigungspolitik heißt in diesem Zusammenhang, das Qualifikationsniveau der Menschen zu steigern und dadurch soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Hierzu sind einerseits ausreichende finanzielle Mittel einzuplanen. Andererseits müssen die finanziellen Mittel so eingesetzt werden, dass sie nachhaltig wirken, damit die Hilfebedürftigen nicht nach kürzester Zeit wieder Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Der so genannte „Drehtüreffekt“ führt nicht nur zur Demotivation der Menschen, sondern auch zu weiterem notwendigem Finanzmitteleinsatz.

Arbeitsmarktpolitik steht auch in engem Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Strukturpolitik, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze anzusiedeln. Hierfür ist eine verstärkte regionale Zusammenarbeit mit den umliegenden Kreisen und Kommunen notwendig (vgl. Kernfeld Wirtschafts- und Strukturpolitik).

Durch die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise werden immer weniger Auszubildende nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung nicht in ein Regelarbeitsverhältnis übernommen. Vielmehr finden sich junge Menschen überproportional in der Zeitarbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen wieder. Eine mittel- und langfristige Lebenswegplanung ist somit nicht möglich. Es müssen mehr Ausbildungsplätze im Dualen System geschaffen werden. Die Kommunalpolitik könnte diese Forderung unterstützen, indem sie öffentliche Aufträge mit der Bedingung nach dualer Ausbildung verknüpft.

Kernfeld Kommunale Sozialpolitik/ Integration

Armut, Arbeitslosigkeit, neue Familienstrukturen oder Wohnungsnot - kommunale Sozialpolitik ist in vielen Lebensbereichen gefragt. Sozialpolitik ist Querschnittsaufgabe - bürgernahe Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik müssen ineinander greifen.

Sozialverwaltung und Sozialpolitik müssen flexibel sein, um schnell und problemorientiert die Bürgerinnen und Bürger zu beraten und bei Bedarf zu helfen. Sozialpolitik muss den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft stärken, Chancengleichheit umsetzen, Teilhabe ermöglichen und Selbsthilfe fördern.

Der DGB unterstützt

- den Ausbau von Bürgerzentren – und Häuser,
- Masterpläne für benachteiligte Ortsteile,
- Aktionspläne gegen Kinder- und Altersarmut,
- die sozialraumorientierte Organisation von Bildungs-, Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote.

Um den Zusammenhalt in Leverkusen zu stärken, ist es notwendig, auf Basis des bestehenden Integrationskonzeptes die interkulturelle Kompetenz für alle kommunalen Dienstleistungen (Kommune + kommunale Eigenbetriebe) einschließlich eines interkulturellen Personalmanagements und Personalentwicklung auszubauen. Die Umsetzung der Erfahrungen der interkulturellen Stadtentwicklung kann hilfreich sein.

5. Fazit

Sparen – aber mit Augenmaß

Eine Haushaltskonsolidierung ist in Leverkusen dringend erforderlich. Sie darf aber nicht um jeden Preis und zu Lasten des sozialen Gefüges der Stadt erfolgen. Kommunen müssen sparen, aber auch die soziale Gerechtigkeit im Auge behalten, damit die Stadtteile nicht auseinander driften.

Für Zukunftsaufgaben / Kernfelder – muss auch im Sinne einer Zukunftsinvestition noch Spielraum bleiben.

Die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger müssen stärker berücksichtigt werden, z.B. über das Modell „Bürgerhaushalt“, und über einen „Runden Tisch“, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform. Bund und Länder müssen die Kommunen entlasten.